

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: 888 848 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Klaus Lennartz MdB zu den psycho-sozialen Folgen der Umweltzerstörung auf Kinder: "Ich habe Angst, daß alles explodiert".

Seite 1

Rudolf Dreßler MdB zum 45. Jahrestag der Gründung des Staates Israel: Wir sind verpflichtet, einen Beitrag zum Frieden zu leisten.

Seite 2

Uta Zapf, Monika Ganseforth und Peter Reuschenbach MdB zu Eindrücken und Schlußfolgerungen von einer Informationsreise: Das demokratische Experiment Irakisch-Kurdistan ist in Gefahr.

Seite 4

48. Jahrgang / 92

14. Mai 1993

"Ich habe Angst, daß alles explodiert"

Zu den psycho-sozialen Folgen der Umweltzerstörung auf Kinder

Von Klaus Lennartz MdB

Stellvertretender Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Allergien, Atemwegserkrankungen und Immundefekte stiegen bei Kindern und Jugendlichen im bedrohlichen Ausmaß an. Die Bundestagsfraktion macht deutlich, daß es bei den Zusammenhängen zwischen Kindergesundheit und Umweltbelastungen noch erhebliche Forschungsdefizite gibt.

Sowohl Alltagserfahrung als auch wissenschaftliche Untersuchungen weisen darauf hin, daß der dauernde kindliche Blick auf unseren zerstörerischen Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen im Inneren unserer Kinder Umwelt- und Zukunftsangst erzeugt, ja sogar destruktive Verhaltensstrukturen bilden kann.

Werden unsere Kinder und Kindeskiner uns eines Tages zum Teufel jagen, weil wir versäumt haben, unsere Welt lebenswert zu halten?

Aggression gegen die Älteren?

Können unsere gut funktionierenden Generationenverträge Bestand haben, wenn wir heute kommenden Generationen die Lebensgrundlagen entziehen?

Werden in nicht allzu ferner Zukunft Rache und Aggression der Jüngeren gegenüber den älteren Generationen die Folgen des heutigen, weitgehend ergebnislosen ökologischen Herumgewurstels sein?

Bei allen Umfragen, die unter Jugendlichen gestartet werden, äußern rund 3/4 der Befragten sehr pessimistische Ansichten über den Zustand unserer Umwelt und die Chancen, die Probleme in den Griff zu kriegen. Es scheint kaum möglich, Vertrauen und Glaubwürdigkeit bei Kindern und Jugendlichen zu finden, die durch das Handeln der Erwachsenen mit Allergien und Atemwegserkrankungen laufen gelernt haben.

"Katastrophen-Pädagogik" wäre kontra-produktiv

Deshalb hängt die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft von der heutigen Fähigkeit ab, ökologisch umzusteuern. Der Boden dafür muß in allen Bereichen geschaffen werden:

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Veranstaltungsmittel
mit wertvollen Rückgaben
Recycling-Papier



In der Familie, im Kindergarten, in der Schule, am Ausbildungs- und Arbeitsplatz, dazu bedarf es keiner "Katastrophenpädagogik", die den Mut zum Handeln gänzlich nimmt. Es reicht auch allerdings nicht jene Verbraucher- und Recycling-Aufklärung aus, die mit stromsparenden Waschmaschinen und Kompostierungsfilbern eher die Marginalien unserer Umweltprobleme behandelt.

Körperlich und seelisch gesunde Kinder sind nur mit deutlichem und entschlossenem politischen Handeln hervorzubringen.

Es würde nützen, wenn die Überzeugungen aus den zehntausenden von Kinderbriefen, die der Bundesumweltminister Jahr für Jahr erhält, schnell in das Handeln der Bundesregierung Einfluß finden könnten.

(-/14. Mai 1993/rs/ks)

Wir sind verpflichtet, einen Beitrag zum Frieden zu leisten
Zum 45. Jahrestag der Gründung des Staates Israel

Von Rudolf Dreßler MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Israel der SPD-Bundestagsfraktion

Am 14. Mai 1948 verkündete der jüdische Nationalrat in Tel Aviv die Unabhängigkeit des jüdischen Staates "Israel", die einen Tag später mit der Beendigung des britischen Mandats in Kraft trat. Damit schien die zionistische Befreiungsbewegung, die sich Ende des 19. Jahrhunderts als Reaktion auf die Unterdrückung und Verfolgung der Juden in Europa entwickelt hatte und die Rückkehr des jüdischen Volkes in das Land ihrer Väter anstrebte, am Ziel ihrer Träume. Daß sich die tatsächliche Verwirklichung dieses Zieles, die Unabhängigkeit des jüdischen Staates in friedlicher Koexistenz mit den arabischen Nachbarn, jedoch zunächst als Utopie erweisen mußte, wurde bereits wenige Stunden nach der Proklamation des israelischen Staates klar. Die Armeen fünf arabischer Staaten drangen in den neuen Staat ein und lösten damit den Unabhängigkeitskrieg aus. Dem Waffenstillstandsabkommen vom Juli 1949 folgten Jahrzehnte gegenseitiger kriegerischer Angriffe, bis 1979 der historische Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten unterzeichnet werden konnte. Doch der Friedensprozeß im Nahen Osten konnte in den folgenden Jahren keine Fortschritte mehr verzeichnen.

Das Ergebnis der Parlamentswahlen vom Juni vergangenen Jahres, mit der israelischen Arbeiterpartei als eindeutigem Sieger, erschien nicht nur aus sozialdemokratischer Sicht als der Beginn einer neuen Ära. Die rechtsnationalistische Regierung unter Jitzhak Schamir wurde nach 15jähriger Herrschaft von einer Mitte-Links-Regierung unter Beteiligung der ultraorthodoxen Shas-Partei abgelöst.

Yitzhak Rabin, Generalstabschef der israelischen Armee bei der Eroberung der jordanischen Westbank, des Ghaza-Streifens und der syrischen Golan-Höhen im Jahre 1967, steht seit den Wahlen im vergangenen Jahr als Ministerpräsident an der Spitze der neuen Regierung. Einer Regierung, die zum erstenmal die Parole Land für Frieden vertritt. Neben dem territorialen Entgegenkommen, bildete die Anerkennung der legitimen Rechte der Palästinenser und der Verzicht auf weitere Siedlungen in den besetzten Gebieten die Basis für die Politik der neuen Koalition. Das Tor auf dem Weg für einen wirklichen Frieden war damit auf seiten Israels endlich geöffnet, der Nahe Osten stand somit vor der größten Chance zur Verwirklichung eines dauerhaften Friedens.

Mit der Bevölkerungsmehrheit auf dem Weg zum Frieden

Die entscheidende Frage für die Regierung Rabins war und ist es, die Mehrheit der israelischen Bevölkerung auf dem Weg zum Frieden hinter sich zu wissen. Rabin als Kandidat der Arbeiterpartei, in Urwahlen durch die Mitglieder der Partei direkt bestimmt, war die Persönlichkeit, dem eine Mehrheit der Bevölkerung es zutraute, zum einen die Sicherheit des Staates Israel zu garantieren und zum anderen tatsächlich Fortschritte im Friedensprozeß zu erzielen. Die Forderung der Arbeiterpartei, statt Investitionen in den besetzten Gebieten, soziale Probleme in Israel anzupacken, deckte sich mit den Erwartungen vieler Israells und auch mit denen vieler russischer Einwanderer. Doch heute, ein knappes Jahr nach dem Wahlsieg der Arbeiterpartei, sind viele der großen Erwartungen gedämpft, ja enttäuscht. Konnten Wunder angesichts der Wirtschaftslage und der komplexen Konfliktsituation im Nahen Osten auch nicht erwartet werden, so erscheinen grundlegende Probleme der neuen Regierung auch hausgemacht: Die innenpolitische Krise der Regierungskoalition, ausgelöst durch den vorprogrammierten Konflikt zwischen der ultraorthodoxen Shas-Partei und der linken Meretz-Fraktion, bedroht die parlamentarische Mehrheit, die Rabin für die wichtigen Entscheidungen über den Friedensschluß mit den arabischen Nachbarstaaten dringend braucht. Dazu benötigt er die Beteiligung der orthodoxen religiösen Gruppierungen nicht nur zahlenmäßig, sondern auch zur Legitimierung der Gebietsabgaben in den Augen der Bevölkerung. Ansonsten könnten vom Likud bereits angedrohte vorgezogene Neuwahlen notwendig werden und im Ergebnis alle Chancen für einen dauerhaften Erfolg bei den Friedensverhandlungen zunichte machen.

Auch in der eigenen Partei scheint die Politik Rabins inzwischen nicht unumstritten zu sein. Seine eigenmächtige Entscheidung über die Deportation von 415 Anhängern der radikalen Hamas-Bewegung, wirkte wie ein Schlag ins Gesicht derjenigen, die in ihn alle Hoffnungen auf Frieden gesetzt hatten. Auch Rabin selbst mußte bald erkennen, daß durch die Deportationen das Gegenteil von dem erreicht wurde, was er eigentlich bezweckte: Statt einer Stabilisierung der Sicherheitslage und eine Beruhigung der israelischen Bevölkerung, führte die Märtyrer-Rolle, die die Daportierten fast dankbar annahmen, zu einer Eskalation der Gewalt. Kein Tag vergeht inzwischen, ohne neue Meldungen über tote und verletzte Palästinenser und israelische Siedler und Soldaten. Besonders die elende Situation im besetzten Gaza-Streifen wird immer unübersichtlicher und chaotischer. Nicht mehr die unnachgiebige Haltung der arabischen Staaten und Israels sondern die extremistischen Gruppierungen auf beiden Seiten bedrohen den Friedensprozeß. "Messer sind gefährlicher als Raketen", diese Einschätzung von Außenminister Shimon Peres trifft den Punkt.

Wie soll die Autonomie aussehen?

Bei den laufenden Friedensverhandlungen in Washington, durch die Deportationen lange Zeit blockiert, sind alle Beteiligten zum Erfolg verpflichtet. Sie stehen nun vor den entscheidenden Fragen: Die bilateralen Verhandlungen mit Jordanien, dem Libanon und auch mit Syrien scheinen voranzukommen, doch wie soll die angestrebte Autonomie der besetzten Gebiete in der Realität tatsächlich aussehen und noch entscheidender, was folgt nach der Autonomie, die die Palästinenser nur als Übergangszeit ansehen?

Unsere israelischen Freunde in der Arbeiterpartei erwarten in diesen Fragen neben der Vermittlerrolle der USA, auf die vor allem Rabin setzt, auch unsere Unterstützung und die Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft in Israel und in den zukünftigen autonomen Gebieten. Die Autonomie in den besetzten Gebieten scheint in Reichweite zu liegen. Sie kann aber nur mit Hilfe internationaler finanzieller Unterstützung gelingen. Das Fehlen von Arbeitsplätzen, von Verwaltung, kurz gesagt von jeder Art von Infrastruktur würde die autonomen Gebiete unweigerlich ins Chaos stürzen. Der Zulauf der extremistischen fundamentalistischen Gruppierungen der Palästinenser, auch bei anstehenden Wahlen, würde noch vergrößert. Entsprechende Angebote würden sicherlich auch auf Seiten der Palästinenser die Verhandlungsbereitschaft erhöhen. Ich denke, daß wir verpflichtet sind, unseren Beitrag zum Frieden zu leisten, denn eine zweite Chance wird es für Israel und die Region so schnell nicht geben.

(-/14. Mai 1993/rs/ks)

Das demokratische Experiment Irakisch-Kurdistan ist in Gefahr Zu Eindrücken und Schlußfolgerungen von einer Informationsreise

Von Uta Zapf, Monika Ganseforth und Peter Reuschenbach
Mitglieder des Deutschen Bundestages

Aufbau demokratischer Verhältnisse

Seit dem Aufstand der Kurden gegen Saddam Hussein am Ende des Golfkrieges vollzieht sich in Irakisch-Kurdistan eine kontinuierliche Entwicklung zu Pluralismus und Demokratie, wie sie im Nahen Osten eher selten anzutreffen ist. Die von internationalen Wahlbeobachtern als korrekt bezeichneten Wahlen im letzten Jahr führten zu einem arbeitsfähigen Parlament. Die inzwischen eingesetzte Regierung stützt sich auf eine große Koalition der beiden Parteien Kurdisch Demokratische Partei (KDP) unter Massud Barzani und die Patriotic Union Kurdistans (PUK) unter Jalal Talabani. Beide Parteien haben jeweils 50 Parlamentssitze.

Aufgrund einer Sonderregelung wurde für die christliche Minderheit die sieben Prozent Sperrklausel außer Kraft gesetzt und den Christen fünf Parlamentssitze zugestanden. Dazu sind die Christen auch im Kabinett vertreten.

Da Saddam Hussein weitgehend die bisherigen arabischen Beamten abgezogen hatte, erforderte der Aufbau einer eigenen kurdischen Administration große Anstrengungen. Daran beteiligen sich viele Kurden, die aus aller Welt in ihre Heimat zurückgekehrt sind.

Selbstdefinition als föderaler Teil des Irak

Parlament und Regierung von Irakisch-Kurdistan definieren sich selbst als föderale Institutionen eines Bundeslandes Irakisch-Kurdistan im Nationalstaat Irak. Der Vorwurf der Separation von Bagdad wird zurückgewiesen. Entschieden abgelehnt wird allerdings das Regime Saddam Husseins. Hingegen wird eine Zusammenarbeit mit allen anderen Gruppen im Irak angestrebt und im Bereich des Exilparlamentes Iraqi National Congress (INC) auch praktiziert.

Verhältnis zu den Nachbarstaaten

Irakisch-Kurdistan ist bemüht, daß sein eingeschlagener Weg als föderaler Teilstaat des Irak nicht als eine potentielle Gefahr für die Integrität der Nachbarstaaten gewertet wird. Parlament und Regierung legen Wert darauf, festzustellen, daß sie keinerlei Vereinigungsambitionen mit kurdisch besiedelten Gebieten aus der Türkei, dem Iran oder Syrien hegen. Mit der Türkei gibt es seit den gemeinsamen militärischen Aktionen gegen die PKK geordnete Beziehungen. Dies gilt auch für Syrien.

Beziehungen zur PKK

Nach der militärischen Niederschlagung der Aktivitäten der PKK hat die PKK in Irakisch-Kurdistan zwar ein Bleiberecht, jedoch keine Erlaubnis mehr, militärisch von nordirakischen Boden gegen die Türkei vorzugehen. Auch wenn es bei den irakischen Kurden Zweifel an den Motiven gibt, wird das Waffenstillstandsangebot der PKK an die Türkei begrüßt. Die Regierung von Irakisch-Kurdistan, vor allem Talabani, bemüht sich um eine gewisse Mittlerfunktion zwischen der türkischen Regierung und der PKK.

Die Anti-Kurden-Politik von Saddam Hussein

Außer den spektakulären Giftgasangriffen in Halabja 1988 ist im Westen nur wenig über das Ausmaß der Zerstörungen bekannt, die von Saddam Hussein seit vielen Jahren in Irakisch-Kurdistan angeordnet wurden. In verschiedenen Kampagnen mit dem Namen "Anfal" wurde vom Bagdader Regime systematisch versucht, die kurdische Identität im Irak zu zerstören.

Dazu gehörten neben der Ermordung von Zehntausenden Kurden die gewaltsame Umsiedlung Hunderttausender Kurden aus den Bergen in sogenannte "Kollektivstädte" in militärisch gut zu kontrollierenden Gebieten. Parallel dazu erfolgte die totale Zerstörung von etwa 4000 Dörfern und die Verminderung großer Landesteile in den Siedlungsgebieten der Kurden. Heute verfolgt Saddam Hussein unterhalb des alliierten Schutzschirmes eine stetige Destabilisierungspolitik gegen Irakisch-Kurdistan mittels Bombenattentaten, Sabotage und sonstigen Terrormaßnahmen. Dazu kommt eine totale Wirtschaftsblockade sowie währungspolitische Maßnahmen.

Auswirkungen des Embargos gegen den Irak

Neben dem Boykott Saddams, der Irakisch-Kurdistan komplett vom innerirakischen Markt abschließt, wird das Land vor allem vom internationalen Embargo gegen den Irak getroffen.

Irakisch-Kurdistan befindet sich hiermit in einer Zwickmühle, da es aus Rücksichtnahme auf die Nachbarn zwar den Anspruch aufrechterhält, Teil des Irak zu sein, andererseits aber eine Sonder-

stellung beansprucht, um von den gegen das Bagdader Regime verhängten Sanktionen befreit zu werden. Dieses Dilemma ist kaum auflösbar und kann nur durch eine großzügige Handhabung von Ausnahmeregelungen für notwendige Importe durch den UN-Sanktionenausschuß in geringem Ausmaß gemildert werden. Es ist offensichtlich, daß ohne eine mittelfristige Aufhebung des doppelten Embargos Irakisch-Kurdistan wirtschaftlich nicht überleben kann.

Neue militärische Bedrohungen

Seit einigen Monaten wird die UN-Schutzzone, der Irakisch-Kurdistan seine Existenz bisher weitgehend verdankt, zunehmend sowohl vom Irak als auch vom Iran verletzt. Nach kurdischen Angaben hat der Iran inzwischen an der Grenze Truppen in der Größenordnung von 200 000 Mann konzentriert. Parallel dazu häufen sich Angriffe aus der Luft und am Boden.

Entgegen iranischen Beteuerungen, damit nur Terroristen zu verfolgen und zu bestrafen, wird in zunehmendem Maß die kurdische Zivilbevölkerung getroffen. Bereits jetzt gibt es schon über 5000 Flüchtlinge. Sollten die Angriffe sich fortsetzen, wird mit einem erneuten großen Flüchtlingsstrom gerechnet. Immer heftiger werden auch die Angriffe von irakischer Seite, wie die jüngsten Artillerieangriffe auf kurdische Dörfer zeigen.

Da ein großer Teil Irakisch-Kurdistans außerhalb der Schutzzone liegt, ist die Forderung berechtigt, die Schutzzone nach Süden zu erweitern. Problematisch ist auch die halbjährige Verlängerung. Die Dauer der Schutzzone sollte auf einen längeren Zeitraum angelegt werden.

Die deutsche Hilfe für Irakisch-Kurdistan

Da Irakisch-Kurdistan kein anerkannter Staat ist, gibt es naturgemäß keine klassische bilaterale Entwicklungshilfe, die zwischenstaatliche Abkommen benötigt. Was getan wird, bewegt sich im Rahmen der Humanitären Hilfe des Auswärtigen Amtes, der Hilfe von Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen und dem Engagement verschiedener Nichtregierungsorganisationen. Die zwangsläufige Folge sind vielfältige Hilfsaktivitäten mit nur minimaler Koordination und unterschiedlicher Zusammenarbeit mit den kurdischen Behörden. Dies und die Tatsache, daß die objektiven Notwendigkeiten nicht mehr in erster Linie humanitäre Hilfe als vielmehr langfristige Institutionen- und Infrastrukturhilfe erfordern, machen ein Überdenken des deutschen Engagements notwendig.

Fazit

In Irakisch-Kurdistan vollzieht sich ein regionalpolitischer Prozeß, der für viele Konfliktregionen im Nahen und Mittleren Osten beispielgebend sein könnte. Dieser Prozeß ist sowohl durch die politischen Folgen des Golfkrieges als auch durch die Agressivität des Iraks und Irans massiv gefährdet. Der deutsche Beitrag zur Unterstützung Irakisch-Kurdistans ist anerkennenswert und ausbauwürdig. Wir plädieren dafür, auf allen Ebenen Wege zu suchen, dieses bemerkenswerte demokratische Experiment Irakisch-Kurdistan zu unterstützen.

(-/14. Mai 1993/rs/ks)
